



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 0228/24999-0
Telefax: 0228/24999-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

Demonstration gegen die Kürzungen in den Freiwilligendiensten

Mehr als 1.500 Menschen protestierten am 20. September in Berlin gegen die geplanten Kürzungen in den Freiwilligendiensten. Bei der Auftaktkundgebung am Potsdamer Platz wurde symbolisch der Staffelstab von der unmittelbar vorher stattfindenden Demonstration gegen die Kürzungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes übergeben.

Als erster Redner äußerte Martin Kober von der Kampagne #meinFreiwilligesInternationalesJahrerhalten sein Unverständnis darüber, dass vielfach ein Pflichtdienst gefordert wird und gleichzeitig Gelder für die Freiwilligendienste gestrichen werden sollen. „Freiwilligendienste stellen einen Eckpfeiler unserer Zivilgesellschaft dar, weil sie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hierzulande sowie international einen großen Beitrag leisten können. Sie können diesen Beitrag aber nur dann leisten, wenn sie eine ausreichende Förderung erhalten und ihnen die notwendige politische und gesellschaftliche Anerkennung zuteilwird.“, so Kober.

In Anschluss an die Reden von Freiwilligen, *Vertreterinnen* und *Vertretern* von Trägerorganisationen und aus der Politik zogen die Demonstrierenden vor das Finanz- und danach vor das Familienministerium, um ihren Unmut über die geplanten Kürzungen zum Ausdruck zu bringen. „Die geplanten Kürzungen werden dazu führen, dass zunehmend Träger aussteigen, gewachsene Strukturen wegbrechen und weniger Freiwillige einen Dienst im in- und Ausland leisten können. Das Parlament muss in den Haushaltsverhandlungen zusätzliche Mittel einstellen, um die von der Bundesregierung vorgeschlagenen dramatischen Kürzungen abzuwenden.“, so Silvio Titzmann von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF).

Ihren Abschluss fand die Demonstration vor dem Brandenburger Tor, wo sich auch Marie Beimen, Petentin von #Freiwilligendienstestärken, an die Demonstrierenden wendete. Sie zeigte sich überwältigt von der Anzahl der Demonstrierenden und betonte die Unverhältnismäßigkeit der geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt im Vergleich zu den fatalen Auswirkungen für die Freiwilligendienstlandschaft. Zahlreiche Bundestagsabgeordnete aus Regierung und Opposition brachten ihre Unterstützung für die gefährdeten Freiwilligendienste zum Ausdruck. Michelle Wrecz vom AKLHÜ e.V. - Netzwerk und Fachstelle für

internationale personelle Zusammenarbeit, begrüßte den Erfolg der Veranstaltung: „Wir haben heute gezeigt, dass wir die geplanten Kürzungen der Bundesregierung nicht hinnehmen werden. Die Zukunft der Freiwilligendienste steht auf dem Spiel und wir hoffen, dass dies heute in aller Deutlichkeit nochmals an die Politik herangetragen werden konnte.“ „Den öffentlichen Druck werden wir in den nächsten Wochen bis zur Entscheidung des Bundestags über den Haushalt 2024 aufrechterhalten und uns für zusätzliche Mittel für Jugendfreiwilligendienste einsetzen, fügte Wrecz hinzu.

Bereits am Montag waren die Freiwilligendienste Thema im Bundestag. Der Petitionsausschuss befasste sich erstmals mit der von über 100.000 Menschen unterschriebenen Petition #Freiwilligendienstestärken. In der öffentlichen Anhörung betonten die Petentin Marie Beimen und Kristin Napieralla vom Paritätischen Gesamtverband, dass es eigentlich mehr Mittel für den Ausbau der Freiwilligendienste benötige. Sie warnten vor den fatalen Auswirkungen der geplanten Kürzungen in den Freiwilligendiensten.

Kontakt: Jan Gildemeister (Geschäftsführer), Tel. 0228/24 999 13; mobil: 0172/70 855 37